

Kooperationstheorie und Gruppenstruktur im Gesellschaftsrecht

von

Friedhelm Schmitz-Herscheidt

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt

B 39 6 17



1981

J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
§ 1 Einleitung	1
ERSTES KAPITEL	
§ 2 Genossenschaftstheorie und Gesellschaftsordnung	8
I. Der Genossenschaftsbegriff aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht	9
II. Der überpositive Genossenschaftsbegriff	13
1. Grundsatz der Selbsthilfe	16
2. Grundsatz der Selbstverwaltung	18
3. Grundsatz der Selbstverantwortung	19
4. Grundsatz der Identität von Unternehmern und Kunden	20
5. Grundsatz der Wirtschaftlichkeit	20
III. Die Genossenschaftsidee	22
IV. Ideologische Vorbilder der modernen Genossenschaft	24
V. Genossenschaftstheoretische Ideenbereiche als Leitbilder für neue Gesellschaftsordnungen	27
1. Solidarische und unsolidarische Gesellschaft	29
2. Fundamentaldemokratisierung und genossenschaftliche Hegung	31
3. Herrschaftliche und genossenschaftliche Staatsgesinnung	33
4. Genossenschaft als Prinzip der Machtverteilung auf allen Ebenen	35
5. Genossenschaftliche Elemente in der Wirtschaftsordnung	36
6. Die genossenschaftliche Leitfunktion in der Zusammenschau	38
VI. Genossenschaftliche versus herrschaftliche Gesellschaftsstrukturen	39
1. Machtverteilung und gesellschaftliche Struktur	40
2. Charakterisierung genossenschaftlicher Gebilde in der Wirtschaft	42
3. Charakterisierung genossenschaftlicher Gebilde in der Politik	47
VII. Keine Antithetik zwischen Genossenschaft und Herrschaft	52
VIII. Zusammenfassung und Ergebnis	53
ZWEITES KAPITEL	
§ 3 Kooperationstheorie, Wirtschaftsordnung und Staat	55
A) Kooperationswirtschaft zwischen Markt und Plan	57
I. Die Marktwirtschaft und ihre Mängel	57
II. Die Planwirtschaft und ihre Mängel	59
III. Die Bedeutung der Kooperationswirtschaft	61
IV. Begriff und Abgrenzung der Kooperation	63
1. Der Begriff „Kooperation“	63
2. Bewußte und unbewußte Kooperation	64
3. Kooperation und Konkurrenz	65

V. Arten der Kooperation	65
1. Grundarten	65
2. Kooperation ohne Verselbständigung des Zusammenschlusses	66
a) Horizontale Kooperation	66
b) Vertikale Kooperation	67
3. Kooperation durch Zusammenschluß von Personen zu einem Haushalt	68
4. Kooperation durch Verselbständigung zu einer Unternehmung	69
a) Kooperation der Beschäftigten	69
a ₁) Demokratisierung des Arbeitsplatzes	70
b ₁) Freiräume bei der betrieblichen Leistungserstellung	72
b) Kooperation der Träger und Verfügungsberechtigten	73
a ₁) Interessen der einzelnen Akteure	74
b ₁) Kleine und große Gruppen	76
c ₁) Individualinteresse der Akteure versus Gruppeninteresse	77
d ₁) Homogene und heterogene Interessen	78
e ₁) Unterscheidung nach Identifikationsmerkmalen	78
a ₂) Akteure innerhalb der kleinen Gruppe	79
b ₂) Akteure innerhalb der großen Gruppe	79
f ₁) Unterbereiche der Trägerschaftskooperation	80
c) Kooperation bei der Kapitalbeschaffung	83
a ₁) Hohe Risikobereitschaft bei allen	83
b ₁) Hohe Risikobereitschaft bei einigen	90
c ₁) Einlage ohne Außenwirkung	97
d) Ergebnis	103
5. Kooperation durch Verselbständigung zu einem Verbandsgebilde	104
a) Verselbständigung des Zusammenschlusses	105
b) Das Phänomen der Verbandsgewalt und die Rolle des Staates	106
c) Verbände im ökonomischen Widerspruch	109
d) Überbrückung der Ungewißheit durch Verbände	111
e) Das Stimmenpotential der Verbände	111
f) Organisierte und nichtorganisierte Interessen	114
B) Ausbau der Kooperationstheorie	116
I. Ausweitung der ökonomischen Macht durch Kooperation	116
II. Verteilung des Gruppenerfolges	118
III. Die Kosten des Vetoprinzips und die Möglichkeiten der Kostensenkung	121
IV. Probleme der Mehrheitsentscheidung	123
V. Diskriminierung der Gruppe durch Entscheidungsbeauftragte	123
VI. Gleichgewichtsfähigkeit der Kooperation	124
VII. Stabilität der Gruppe	125
VIII. Produktivität und Effektivität	128
C) Zusammenfassung und Ergebnis	131

DRITTES KAPITEL

§ 4 Kooperation in der großen Gruppe gesellschaftsrechtlicher Prä- gung	133
A) Die große Gruppe im Gesellschaftsrecht	135
I. Große Gruppe versus kleine Gruppe in sozioökonomischer Sicht	136
II. Geringe interpersonale Bindungen der Akteure	137
III. Vordergründiger Interessenausschnitt	137
IV. Gemeinsamer Nenner gering	137
V. Variierender Mitgliederbestand	138
VI. Gesamtzweck hebt ab vom einzelnen Mitglied	138
VII. Verselbständigung des Gesamtinteresses	139
VIII. Verfassung erforderlich	139
B) Kooperation bei der Geschäftsleitung	141
I. Ausschließlich Kapitalbeiträge	144
1. Unternehmensinteresse, Leitungsmacht des Vorstandes und polypolare Mitgliederstruktur	144
2. Mitgliederinteresse und dessen Förderung durch den Vorstand	148
3. Heterogene Mitgliederstruktur	149
II. Kapital und andere Leistungen	150
1. Unternehmensinteresse und Geschäftsleiterfunktion	150
2. Mitgliederinteresse und Einwirkungsbefugnisse	152
3. Heterogene Mitgliederstruktur	153
III. Verwertung der Leistungen	154
1. Unternehmensinteresse und Außenorganisation der Ge- schäftsleitung	154
2. Mitgliederinteresse und Beschränkungen der Leitungsmacht	157
3. Heterogene Mitgliederstruktur	169
C) Kooperation bei der Willensbildung	170
I. Vom Vetoprinzip zur Mehrheitsregel	170
1. Gegenstand der Willensbildung	170
2. Notwendigkeit der Kostensenkung	171
3. Keine Ausgliederung von Aufgaben auf Entscheidungsbeauf- tragte	172
4. Konsens der Mehrheit	172
5. Probleme der Mehrheitsregel	173
a) Stimmengewichtung und Interessenqualität	174
b) Minderheit und Satzungsgestaltung	175
a ₁) Kooperation und Zweckfixierung	175
b ₁) Gebot der Gleichbehandlung	176
c ₁) Grundrechte sichern	176
d ₁) Sonstige Schutzrechte für die Minderheit	177
e ₁) Durchsetzbarkeit der Mehrheitsentscheidung	178
f ₁) Ergebnis	178
c) Organisation eines Anreiz-Beitrags-Systems	178
d) Ausblick	179
II. Ausschließlich Kapitalbeiträge	180
1. Der Einfluß der Hauptversammlung auf das Unternehmens- geschehen	180
2. Stimmrecht und dessen Ausübung	183

a) Mitverwaltung des Gesellschafters	183
b) Befugnisse Dritter am Stimmrecht	187
c) Zustandekommen der Beschlüsse	188
d) Ergebnis	190
3. Heterogene Mitgliederstruktur	191
III. Kapital und andere Leistungen	192
1. Erwartungen der Unternehmung und Zuständigkeiten der Gesellschafter	192
2. Ausgestaltung des Stimmrechtes, Stimmrechtsausübung und Verfahren der Beschlußfassung	195
3. Heterogene Mitgliederstruktur	196
IV. Verwertung der Leistungen	197
1. Unternehmensinteresse und Zuständigkeiten der Mitglieder- versammlung	198
2. Stimmrecht, Ausübung desselben sowie Beschlußfassung aus Mitgliedersicht	206
3. Heterogene Mitgliederstruktur	211
D) Kooperation bei der Kontrolle	211
I. Entscheidungsmacht und ihre Kontrolle	212
1. Die Problematik auftragsgemäßen Handelns	213
a) Das Informationsdefizit des Auftraggebers	214
b) Die Eignung der Auftragspräzisierung	215
c) Oberziel und Nebenbedingungen	218
2. Die führende Rolle des Auftragnehmers	219
a) Das Instrument der Informationsstreuung	220
b) Eigennutzstreben und die Erfüllung sozialer Funktionen ..	223
3. Kontrollproblem im Lichte von Verfassungssystemen	224
a) Das rätendemokratische Modell	225
b) Die parlamentarische Demokratie	228
4. Die Sanktionsmechanismen des Widerspruchs, der Abwahl und der Abwanderung	230
II. Ausschließlich Kapitalbeiträge	231
1. Kontrollproblematik aus der Sicht der Unternehmung	232
a) Zielvorgabe nicht konkretisiert	233
b) Rückdelegation als Ausnahme	234
c) Kein Rückgriff auf Nebenbedingungen	234
d) Das Risiko der Auftragnehmer	235
e) Die Überwachungsfunktion des Aufsichtsrates	239
f) Institutionen weiterer Kontrolle	241
g) Zusammenfassung	243
2. Kontrollproblematik aus Mitgliedersicht	244
a) Soll-Ist-Vergleich	245
b) Indirekte Kontrolle	246
c) Abwanderung, Abwahl und Widerspruch	247
d) Ergebnis	254
3. Heterogene Mitgliederstruktur	255
III. Kapital und andere Leistungen	256
1. Kontrollfunktionen aus der Sicht der Unternehmung	256
a) Auftragsgemäßes Handeln gesetzeskonform	257
a ₁) Zielbeschreibung und Vorgabe der Auftragsverwirk- lichung	257

b ₁) Ständige Befragung der Mitglieder	259
c ₁) Oberziel und Nebenbedingungen	260
d ₁) Ergebnis	261
b) Verantwortung und Risiko der Auftragnehmer	262
a ₁) Bestellung zum Geschäftsführer ohne Befristung	263
b ₁) Bestellung zum Geschäftsführer jederzeit widerruf- lich	264
c ₁) Korrekturen durch Satzungsgestaltung	265
c) Laufende Überwachung der Geschäftsleitung	267
d) Kontrollaufgaben eines fakultativen oder obligatorischen Aufsichtsrates	268
a ₁) Der fakultative Aufsichtsrat	269
b ₁) Der obligatorische Aufsichtsrat	271
e) Zusammenfassung	274
2. Kontrolleffizienz aus Mitgliedersicht	275
a) Abwanderung	276
b) Abwahl	278
c) Widerspruch	279
d) Ergebnis	280
3. Heterogene Mitgliederstruktur	281
IV. Verwertung der Leistungen	282
1. Kontrollproblematik aus der Sicht der Unternehmung	290
a) Gesetzlich mögliche Einflußnahmen der Mitglieder auf den Vorstand	291
b) Kooperationstheoretisch sinnvolle Einflußnahmen der Mitglieder auf den Vorstand	292
c) Gesetzliche Ausgestaltung und satzungsmäßige Möglich- keiten der Bestellung und Abberufung des Vorstandes ...	293
d) Stellung und Aufgaben des Aufsichtsrates	296
e) Förderungszweck und Operationalisierung in ihrer Be- deutung für die Kontrolle	302
f) Ehrenamt und Kontrollfunktion	315
g) Prüfungsverband und Mitgliederförderung	318
h) Zusammenfassung	321
2. Kontrollproblematik aus Mitgliedersicht	323
a) Widerspruch	323
b) Abwahl	328
c) Abwanderung	331
d) Ergebnis	333
3. Heterogene Mitgliederstruktur	335
E) Ergebnis und Ausblick	335

VIERTES KAPITEL

§ 5 Mitgliedereinfluß und Kontrollfunktion	337
A) Der Kontrolleinfluß des Einzelnen in der Aktiengesellschaft	339
I. Die Attraktivität der Außenseiterposition	339
II. Die Problematik des Depotstimmrechtes der Banken	342
1. Geschichtliche Entwicklung	342
2. Neuregelung des Depotstimmrechtes durch das Aktienge- setz 1965	345
3. Das Depotstimmrecht in der Praxis	349

III. Die Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt in der Aktiengesellschaft	355
1. Die weitverbreitete Aufspaltungsthese	355
2. Ergebnisse empirischer Untersuchungen	361
3. Das Problem der Legitimation der Managerherrschaft	367
4. Die gegenwärtige Rolle der Kleinaktionäre	386
IV. Depotstimmrecht und Wirtschaftsdemokratie	391
B) Der Kontrolleinfluß des Einzelnen in der Genossenschaft	394
I. Organisation von Kooperation und Außenseiterposition	396
II. Die Problematik der Vertreterversammlung in der Genossenschaft	397
1. Die Vertreterversammlung als Institution	397
2. Das Zustandekommen der Vertreterversammlung	408
a) Urwahl erforderlich	408
a ₁) Einspruchssystem unzulässig	411
b ₁) Kooptation unzulässig	412
b) Anforderungen an das System der Urwahl	413
a ₁) Grundsatz der allgemeinen Wahl	414
b ₁) Grundsatz der unmittelbaren Wahl	415
c ₁) Grundsatz der freien Wahl	416
d ₁) Grundsatz der gleichen Wahl	417
e ₁) Listenwahl und Wahlsystem	419
c) Wahlordnungen zur Vertreterversammlung	421
a ₁) Bezirkswahl zur Vertreterversammlung	421
b ₁) Listenwahl zur Vertreterversammlung	425
III. Vertreterversammlung und Wirtschaftsdemokratie	433
C) Zusammenfassung	436
§ 6 Schlußbemerkungen	439
Literaturverzeichnis	446
Sachregister	468